

Vorwort

Wer sich darauf einlässt, für die Buchreihe »Basiswissen« einen Text über den »Staat« – möglichst nicht mehr als 120 Seiten – zu schreiben, der wird bald realisieren, dass dieser Rahmen selbst immer wieder zu neuem Nachdenken über die Konzeption eines solchen Bändchens zwingt. Entsprechend dem Charakter der Reihe konzentriert sich die Darstellung daher auf die materialistische bzw. marxistische Staatsanalyse. Auch hier war immer wieder die Straffung der Darstellung notwendig – zu Lasten von historischen und empirischen Erläuterungen, aber auch von regionalen Differenzierungen. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt daher bei den Entwicklungen des Verhältnisses von Politik und Ökonomie in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften.

Mit dem politischen und ideologischen Siegeszug des Neoliberalismus und dem Triumph von repräsentativer Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus geriet im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts auch »der Staat« auf die Anklagebank. Ronald Reagan erklärte in seiner Antrittsrede als US-Präsident am 20. Januar 1981: »Der Staat ist nicht die Lösung für unser Problem, der Staat ist das Problem«. Damit kündigte er den Rückzug des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft an, während er gleichzeitig die Ausgaben für das Militär, die Rüstung und die Geheimdienste drastisch erhöhte. Entstaatlichung als Abbau von Sozialstaat und von Rechten der Lohnabhängigen, als Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes war ein Programm zur Stärkung der »Klassenmacht der Bourgeoisie«

(David Harvey) durch den Rückzug des Staates auf die Sicherung der Eigentumsrechte auf der einen und auf die Mobilisierung von staatlicher Gewalt gegen den Sozialismus sowie andere »Schurken«, die die Vorherrschaft des Westens bedrohen, auf der anderen Seite. Gleichzeitig fand – vor allem in Westeuropa – die These vom Niedergang des Nationalstaates – als Folge der wirtschaftlichen Globalisierung und der wachsenden Bedeutung transnationaler Organisationen (nicht nur der NATO, sondern auch der EU) zahlreiche Anhänger. Linksliberale Kosmopoliten (wie Ulrich Beck und Jürgen Habermas) engagierten sich für eine demokratische Politik »jenseits des Nationalstaates«, mussten aber immer wieder erkennen, dass a) auf dem Feld der internationalen Politik (auch in der EU) in letzter Instanz immer wieder harte Machtinteressen von starken Nationalstaaten bestimmend sind, und dass sich b) mit der zunehmenden Krisentendenz des globalen Finanzmarktkapitalismus auch neue Anforderungen nicht nur an die Politik internationaler Organisationen, sondern vor allem an die Politik der Nationalstaaten entstanden sind. Die Rolle Deutschlands in der Eurokrise nach 2010 und die Politik der »Schuld knechtschaft« gegenüber Griechenland – vor allem seit dem Wahlsieg von Syriza im Jahre 2014 – hat diese Tatsache brutal bestätigt. Die Renaissance von Geopolitik und Neorealismus im Bereich der internationalen Beziehungen – exemplarisch: »Herfried Münkler: Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa« Hamburg 2015« – unterstreicht diese Entwicklungstendenzen, die auch in der Politikwissenschaft ein neues Interesse am Staat geweckt haben.

Seit der Großen Krise nach 2008 sind nicht nur die »gescheiterter Staaten« (»Failed States«) und die damit verbundenen Krisen und Kriege in den Mittelpunkt des politischen und wissenschaftlichen Interesses getreten. Gleichzeitig werden die Regierungen herausgefordert, Krisenmanagement zu betreiben, um den großen Crash (im Finanzsektor) zu ver-

hindern und auf das Ansteigen von Arbeitslosigkeit und Armut zu reagieren. Dabei stoßen verschiedene Interessen und ideologische Schulen aufeinander: die noch führenden neoliberalen Anhänger der Austeritätspolitik wollen den Interventions- und Sozialstaat weiter abbauen, setzen dabei aber auf den Ausbau der staatlichen Repressions- und Gewaltapparate, um den zunehmenden Widerstand gegen die Folgen dieser Politik zu unterdrücken oder um die armen Schuldner (und Regierungen, die sich dagegen auflehnen) zu knechten. Angesichts der Zunahme von Krisen (etwa im Nahen Osten oder in der Ukraine) plädieren die Anhänger dieser Politik für höhere Rüstungsausgaben und – speziell in Deutschland – für vermehrte Einsätze der Bundeswehr in solchen Krisenregionen. Die Kritiker dieser Politik fordern dagegen ein stärkeres Engagement des Staats bei der Umverteilung des Reichtums, bei der Stärkung der Nachfrage sowie bei der Ausweitung staatlicher Interventionen im Sozial- und Infrastrukturbereich. Selbst in dieser Auseinandersetzung reflektiert sich noch die Anerkennung der Bedeutung des Staates – freilich unter den heutigen Bedingungen der Entwicklung des globalen Finanzmarktkapitalismus, in dem die USA und die mächtigsten Staaten in der EU nach wie vor die maßgeblichen Akteure sind. Gleichzeitig sind in den vergangenen Jahrzehnten in der Weltordnung neue Mächte aufgestiegen – vor allem in Ostasien. Die Volksrepublik China – mit einem starken, autoritär geführten Staat – macht ihre wirtschaftliche und politische Macht über ihre Grenzen hinaus geltend; gleichzeitig hat auch Russland die Periode des Niedergangs nach der Auflösung der Sowjetunion überwunden und macht seine staatlichen Interessen zumindest an den Grenzen nach Westen und Süden gegen das Vordringen der NATO und von aggressiven antirussischen Bestrebungen geltend. Auch hier stehen – zusammen mit einer starken Wiederbelebung des Nationalismus – die Nationalstaaten als Akteure im Zentrum. Es sind zumal diese neueren Entwick-

lungen und die damit verbundenen Krisen und Gewaltverhältnisse, die die Frage nach der Bedeutung und Veränderung des Staates aktualisieren. Die vorliegende Studie will dazu einen Beitrag leisten!

Ich danke Jürgen Harrer für die – äußerst hilfreiche – kritische Bearbeitung des Manuskriptes.

Marburg, Juli 2015
Frank Deppe